

Signale an den Elfenbeinturm

Nicht einmal das Ahrtal wählt grün: Was das Ergebnis der Europawahl über das Verhältnis von Politik und Wählern hierzulande sagt.

Die Ergebnisse der Europawahl geben gerade deshalb zu denken, weil sie keine Abstimmung zu Europa war. Zur Europäischen Union kursieren ein paar Gerüchte, die zumeist nicht viel besser begründet sind als der absichtsvolle Unfug, den einst der Brite Boris Johnson über Brüssel zu erzählen wusste. Bürokratie, Demokratiedefizit, Abbau nationaler Souveränität und solche Sachen, die alle irgendwie stimmen, sich aber vor allem beliebig übertreiben lassen. Im konkreten Fall sind die Beschwerden oft begründet, bringen aber jenseits der Bauern schon deshalb kaum Bürger auf die Barrikaden, weil sie auch in ihren eigenen Ländern unter Juristokratie, Verwaltungswildwuchs und lokalen Freiheitsverlusten zu leiden haben. Die Stadtverwaltung von Berlin hat mehr Beamte als die gesamte EU. Dass sie, die Verwaltung von Berlin, vielfach nicht funktioniert, wiegt für die dortigen Bürger schwerer als Anekdoten über Verordnungen zur Krümmung von Bananen. Die Botschaft der Europawahl ist nur sehr bedingt eine an Brüssel oder Straßburg.

Umso mehr kann sie als Meinungsfrage nationaler Zuschnitt aufgefasst werden. Sie bringt zum Ausdruck, dass sich die Bürger derzeit in vielen Mitgliedstaaten der EU schlecht regiert fühlen. Der größte Verlierer der Wahl in Deutschland sind die Grünen. Auf den letzten Drücker geschaltete Wahlaufträge aus dem Milieu der Influencer haben trotz sehr ernster Gesichter, die ihm sonst fremd sind, nicht vermocht, die um den Klimawandel besorgte Jugend zu mobilisieren. Die Letzte Generation, die bei den Wahlen antrat, erhielt kaum mehr als 100.000 Stimmen. Bei den Wählern unter dreißig sind die Verluste der Grünen besonders spektakulär. Dort hat sich die Anhängerschaft innerhalb von fünf Jahren mehr als halbiert, trotz der Senkung des Wahlrechtsalters.

Die kindliche Vorstellung mancher Demokratietheoretiker, man müsse die „künftigen Generationen“ nur stärker an Wahlen beteiligen, um Mehrheiten für eine ausgedehnte Klimapolitik zu erlangen, ist also ad absurdum geführt worden. Wer pathetisch die Legitimität der Demokratie an ihrer Fähigkeit festmachen will, die Klimaziele von Paris zu erreichen, müsste sie ihr nach dieser Wahl absprechen. Nicht einmal im Ahrtal gab man viel auf die grünen Politikversprechen.

Weshalb stimmten viele jüngere Wähler so manifest gegen die Interessen, von denen die Älteren meinten, sie ihnen zuordnen zu können? Womöglich haben sie andere. Womöglich glauben sie auch nicht mehr, die Grünen setzen sie durch. Die ersten ökologischen Sachbuchrevolutionäre überlegen schon, ob die bisherige Strategie klug war, zu behaupten, man repräsentiere die Vernunft und die anderen müssten unbedingt zur Einsicht gebracht werden. Wir erleben gerade einen Protest gegen diese Überschätzung des Besserwissens von links. Die Parolen der Rechten können noch so schwachsinnig sein, ihr politisches Personal noch so korrupt, sie finden Zustimmung.

Dafür gibt es zwei Erklärungen. Einmal wird gesagt, diese Wähler seien selbst gekommen, im Kern autoritär, faschistisch oder was an Schimpfwörtern für sie bereitgehalten wird. Der hässliche Spruch, der jetzt wiederholt wird, man wolle die Mauer wiederhaben, ist nicht nur wohlfeil. Da die AfD mehr Wähler in Nordrhein-Westfalen hat als in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zusammen, ist er auch dumm. Die geistige Mauer, die hochziehen vorschlägt, wer jetzt fordert, man müsse als Reaktion auf die Wahlergebnisse jetzt noch „woker“ werden, macht aus dem Elfenbeinturm eine von innen geschlossene Anstalt.

Zweiter Erklärungsversuch: Die Unzulänglichkeit der Gegenseite wird als so groß wahrgenommen, dass der Protest dagegen sich lizenziert sieht, über zweifelhafte Eigenschaften der eigenen Leute hinwegzusehen. Die Regierung bekommt in den wesentlichen Fragen nichts hin, heißt es, außer Dissens und Hinhalteparolen. Dafür werden die Überlastungen in der Zuwanderungsfrage

ge ebenso angeführt wie beim Wohnraum oder bei der Bahn.

Für viele scheint der Populismus demgegenüber das große Versprechen, mittels Politik überhaupt etwas erreichen und mittels Wahlen etwas ausrichten zu können. Wenn die Regierenden sie – „Nö“ – nicht einmal mehr kommentieren wollen, steigert das den Eindruck ihrer Schwäche, Müdigkeit und Gedankenarmut. Demgegenüber kultiviert die AfD den Eindruck, sie habe Lust auf Politik. Darin steckt ein Paradox. Die AfD, die noch nirgends hat regieren können, zieht die Erwartung auf sich, es im großen Stile zu tun, wenn sie erst einmal in die Lage dazu käme. Wenn die Zahlen nicht täuschen, könnte das binnen Kurzem in Thüringen und Sachsen der Fall sein. Sollten dann alle anderen Parteien ihre Prozenten für eine Fast-Allparteien-Koalition zusammenkratzen und es würde genügen, erstrahlte die rechtsextreme Utopie in noch größerem Glanz: Wie vielversprechend muss sein, was so um jeden Preis verhindert werden soll! Anders formuliert: Die AfD hatte noch nie die Chance, sich an einer Regierung zu beteiligen. Deshalb hatte sie auch noch nie die Chance, sich und ihre großmäuligen Phrasen in einer Regierung zu blamieren. (Das Kalkül von Emmanuel Macron, das Charisma von Jordan Bardella und des Rassemblement National in einer Regierungsbeteiligung entzaubern zu können, zielt auf einen solchen Effekt.)

Um Erklärungen bemüht, weshalb die AfD sich durch das törichte Gerede, das ihre Funktionäre von sich geben, nicht selbst entzaubert, weist man auf Merkmale der Stimmbevölkerung hin. Die Wähler der AfD hätten mittlere Bildungsabschlüsse und niedrige Einkommen. Umgekehrt wird die AfD nur selten von Leuten mit Hochschuldiplom gewählt. Das bringt Leute auf den Plan, die sich von mehr politischer Bildung erhoffen, die Attraktivität der Rechten zu senken. Man verabschiedet als eine Art Eigenblutdoping Demokratiefördergesetze. Was die ganze politische Bildung der vergangenen Jahrzehnte bewirkt hat, fragt aber niemand.

Die Wähler der Rechten leben auch eher auf dem Land als in der Stadt. Von „fly over countries“ wird man in Deutschland nicht sprechen können, aber auch in Dresden und Leipzig hat die AfD deutlich weniger Stimmanteile als in den benachbarten Landkreisen. In Münster hat die AfD nicht einmal fünf Prozent der Stimmen errungen, in den Wahlkreisen um Münster herum – Warendorf, Coesfeld und Steinfurt – waren es zwischen 9,3 und 11,3 Prozent. Dass sich jemand in den Regierungsparteien auf programmatischer Ebene um solche Unterschiede kümmerte, ist aber nicht zu sehen. Die Blindheit gegenüber dem Land, seiner Demographie und seinen Problemen kommt die urban gestimmten Parteien inzwischen teuer zu stehen.

Doch auch die Stadtbewohner werden verunsichert: Zeitenwende, aber Friedenskanzler; ökologischer Umbau, aber Rückzug bei den arterhaltenden Vorrangflächen; Infrastrukturreform, aber Stuttgart 21 (sieben Jahre später und mehr als zehn Milliarden Euro teuer); das Heizungsgesetz, das zuerst eine Qual war, dann zum Test erklärt wurde, was die Leute hinnehmen würden; in vielen Schulen und Innenstädten wird über die drastischen Missstände euphemistisch hinweggelogen. Es bedarf also durchaus eines stoischen Temperaments, um Politik in ihrer prachtvollen Selbstdarstellung als Zentrum der „Besonnenheit“ zu ertragen.

In der Europawahl kam es zu einer weiteren Aufspaltung der Stimmen auf viele Parteien. Wem etwas bei den ehemals großen Parteien nicht passt, findet leicht kleinere, die ihn ansprechen. Das Wagenknecht-Bündnis sammelte von der Linken fast eine halbe Million Stimmen ein und von der SPD mehr als eine halbe Million. So viel wie die AfD, an die die Union im selben Umfang verlor. Dann waren da noch Volt und ÖDP sowie die Clowns von „Die Partei“. Noch stärker als von der Abwanderung aber wurden die Ampelkoalitionäre vom Wählerrückzug betroffen. Mehr als vier Millionen Nichtwähler stammten allein aus ihren einstigen Anhängern.

Das ist Demokratie, nicht das mit Begriffsornamenten verzierte Partizipationsparadies zur Herstellung vernünftiger Zustände. Wer sie anders sieht, sieht sie gar nicht, sondern hat sich zu lange Festreden angehört. Wer im selben Geiste sagt, die Ampelkoalitionäre hätten sich zu sehr auf das Vokabular der Rechtspopulisten eingelassen und hätten nun – „Man wählt lieber das Original als die Kopie“ – die Quittung erhalten, behauptet im Grunde, es gebe die Probleme gar nicht, die von rechts vorgebracht werden. Das wäre eine Wirklichkeitsverweigerung, die sich Linke und Liberale genau überlegen sollten. Bislang hat sie jedenfalls nicht zu einer Abnahme des fatalen Gefallens an den Populisten geführt. JÜRGEN KAUBE



Der Autokrat soll geloben, auf dem Mars als Feminist zu dienen: Jelena Kuljića als Wladimir Putin

Foto Julian Baumann

Keine Diversität ohne das Böse

„Very Rich Angels“ von Madame Nielsen an den Münchner Kammerspielen

Ein Musical, in dem Bill Gates, Elon Musk und Mark Zuckerberg zum Mars fahren? Zugegeben: Das klingt nach politischem Kabarett, nach Verlachtheater. Man ahnt bereits, worauf die Komik zielt wird; auf das Erkennen von Prominenz, gepaart mit höhnischer Verachtung der Mächtigen, denen nichts zu glauben und niemals zu trauen ist. Und deren Ideen unser Leben trotzdem tagtäglich mit unser aller Zustimmung beeinflussen. Im Zeitalter des informationellen Kapitalismus, der all seine Gegner konsequent umarmt, hängt an der überschaubaren Zahl seiner Exponenten unser ganzer Selbsthass, dessen bürgerliche Form der Spott ist.

Tatsächlich ist „Very Rich Angels“, von Madame Nielsen erdacht und von Christian Lollike an den Münchner Kammerspielen inszeniert, nicht frei von Verspottung. Dafür sorgen schon die überdimensionierten Köpfe, mit denen die drei Herrschaften einer nach dem anderen die Bar betreten, vom Kellner – den Nielsen selbst gibt – begrüßt, bewirtet und nach ihrem „tiefsten Wunsch“ befragt. Und natürlich lautet die Antwort auf diese Frage im einen wie im anderen Fall: Erlösung. Erlösung der Humanität. Lächerlich nimmt sich das zunächst aus, zumindest immer dann, wenn es konkret wird. Wenn Bill Gates, gespielt von Christian Löber, an die von ihm vollbrachte Befreiung des Menschen durch ein „userfriendly Betriebssystem“ erinnert und – als nächstes Großprojekt – das Ende allen Elends durch eine von ihm ersonnene „smart toilet“ kommen sieht, dann ist das leicht zu übersetzen: Als Geschäftsidee verwandelt sich Altruismus immer in Kloake.

So simpel funktioniert dieses Stück gleichwohl nicht, und das liegt daran, dass es die Projektionen, die auf den Großkopferten liegen, ernst nimmt. Dass Musk & Co. an ihre messianische Bedeutung glauben – geschenkt. Ihre Allpräsenz jedoch, die Überhöhung der libertären Sozialingenieure zu „reichen Engeln“, ist nicht Ursache, sondern Symptom zivilisatorischer Krisis. Im Angesicht nahender planetarischer Katastrophen offenbart sich der Zustand der Menschheit am Restniveau ihrer eschatologischen Phantasie. Geblieben sind ihr Technik, Machbarkeit, das Unterneh-

mertum als Martyrium. „Christ is in technology“, wie Nielsens Mark Zuckerberg vom Kreuz herab verkündet.

Man kann das albern finden, und die gewählte Form der durchaus schmissigen Nummernrevue trägt nicht wenig dazu bei, dass man das Ganze schnell als Klamauk missversteht. Indessen besteht die Strategie der Produktionsgemeinschaft Nielsen/Lollike nicht erst seit Kurzem darin, die Genres, derer sie sich bedient, zu vergiften. Und so ist es auch „Very Rich Angels“ nicht um eine lustvoll-moralische Selbstvergewisserung des Publikums zu tun, um die Vorführung dreier narzisstischer Spinner mit ökonomischem Talent. Vielmehr verhandelt das Stück die Verabsolutierung von persönlicher Freiheit, der sich diese Gestalten verdanken und in welcher das Publikum sich mit ihnen zusammenschließt. Ihr „wahres Gesicht“, das nach dem Ablegen der Monumentalmasken zum Vorschein kommt, trägt nämlich keinesfalls dämonische, sondern allenfalls naive Züge. Selbst dem von Annette Paulmann verkörperten Elon Musk attestiert das Stück die zwar überdreht ausgelebte, aber doch lautere Überzeugung, das Gute für alle zu wollen, denn Musk träumt von der Menschheit als einer „multiplanetarischen Gattung“, deren nächster Schritt auf den Mars führen soll. „Very Rich Angels“ macht diesen Traum nicht verächtlich: Ganz in Strindbergs Tradition fordert das Stück uns auf, in den Traum der interstellaren Entrepreneurie einzutreten, um überhaupt wieder aus ihm hinauskommen zu können.

Dabei ist es der diesem Traum inhärente Glaube an eine über- und außerirdische Selbstverwirklichung der Menschen qua Plattform und Avatar, der unweigerlich seine Nemesis auf den Plan rufen muss. Das Zwiegespräch zwischen den drei Marspionieren und Wladimir Putin (gespielt von Jelena Kuljić) bildet fraglos das analytische Zentrum der Inszenierung. Geschmeidig und mit großer Plausibilität weiß sich der russische Staatschef in die Space-X- und Metaverse-Visionen einzuschreiben. Er empfiehlt sich als aus dem Traum geborener „Missing Link“, als „wahrer Sowjetmensch“, der dem virtuellen Kollektivismus der Techno-Oligarchen einen echten, auf Erfah-

rung gründenden Kollektivismus zur Seite stellen könnte. Eine gefährliche Gleichung steht im Raum: utopische Gemeinschaft gleich utopische Gemeinschaft, alle meinen es durchaus ernst damit. Geeint sind sie in der Schimäre der Selbstüberwindung: hier eine entgrenzte Liberalität, die unentwegt so agiert, als bestehe ihr höchstes Ziel in der Abschaffung der Ungleichheit, der sie sich selbst verdankt; dort ein imperialer Antiliberalismus, der sich als Befreier der von ihm unterworfenen Völker inszeniert. Es bräuchte nicht viel, und sie fänden zusammen. Gerne käme Putin mit auf den Roten Planeten, er würde dafür sogar aus der Ukraine abziehen. Ob der offenkundigen Wahlverwandtschaft entsetzt, greift Zuckerberg schließlich zum großen Geschütz: Der Autokrat solle geloben, auf dem Mars als „Feminist und Fürsprecher der LGBTQIA2S+-Bewegung unter der Regenbogenfahne zu dienen“ – was dann doch des Guten zu viel ist. Putin überlässt den dreien ihre „Schöne Neue Queere Welt“ und begnügt sich lieber mit der Erdherrschaft.

Es ist nur ein kurzer Auftritt. Die Einsicht, die er birgt, ist eine Einsicht, die auch für Madame Nielsens Theaterarbeiten im Allgemeinen gilt: Jede Öffnung gegenüber dem Anderen bedarf der Aufrichtung eines noch größeren Anderen. Es gibt keine Diversität ohne das absolute Böse. Es gibt keine Vielfalt der Formen und Körper ohne das Skelett, den lebenden Toten, den die Figur „Madame Nielsen“ zur Schau stellt.

Diesem absoluten, dem abgründigen Anderen stehen Gates, Musk und Zuckerberg im rot erleuchteten Schlussbild gegenüber. Eben noch im Hochgefühl der Omnipotenz auf dem Mars angelangt, treffen sie auf zwei Indigene. Kegelkopfwesen, die keine Antwort geben, von denen nur ein hoher, flirrender Ton ausgeht; hypersexualisierte Geschöpfe, von ihrer schlauchgewordenen Geschlechtlichkeit umschlungen. Arbeiten werden sie nicht für die neuen Herren, die mit einem Mal – das Filmzitat ist unverkennbar – ihrer aufgeblähten Bäuche gewahr werden. Welches neue Leben sie dem Mars gebären werden, bleibt offen. Nicht wenig aber spricht dafür, dass es seine Väter von der Erde verschlingen wird. PHILIPP THEISOHN



Tauben

Von Tilman Spreckelsen

Tiere zu töten ist niemals schön, und die Argumente dafür, die Zahl der Tauben in den Innenstädten gewaltsam zu dezimieren, haben kürzlich bei einer Abstimmung in Limburg zwar die Mehrheit überzeugt, aber die Gegner keineswegs ruhen lassen. Denn wo die einen von den „Ratten der Lüfte“ und der massiven innerstädtischen Kotverbreitung sprechen, sehen die anderen die einzelne Kreatur, die – so der Limburger Plan – angelockt und mit einem Knüppeltrieb betäubt wird. Dann wird der Taube von Menschenhand das Genick gebrochen. Das ist nur eine von vielen Methoden, die seit vielen Jahrzehnten eronnen wurden, um in den Städten der Taubenvermehrung Herr zu werden. 1958 etwa schossen Nürnberger Jäger einmal pro Woche auf Tauben, ein halbes Jahr später berichtete ein Korrespondent der F.A.Z. vom „Taubenkrieg“ in München und davon, was Menschen alles so erinnern, um die Stadt für sich zu behalten: „vergiftet, abgeschossen, schwer verletzt oder mit heißem Wasser von ihren Futterplätzen vertrieben“ wurden die Tauben, während eine weniger brachiale, aber sicher auch belastende Methode zur Vogeldezimierung hier nicht erwähnt wird – der Austausch echter Eier durch Attrappen, die gleichwohl bebrütet werden. Auch die damalige Münchner Aktion blieb nicht ohne Widerspruch. Den schönsten legte der Autor James Krüss vor, der damals in München lebte. In seinem Kinderbuch „Florentine und die Tauben“ erzählt er von einem kuriosen Zusammentreffen: Zur selben Zeit, in die der Beschluss des Stadtrats fällt, die Tauben massiv zu bekämpfen, wird 1958 ein Brunnen eingeweiht, der an Therese Schedlbauer (1853 bis 1940) erinnert, ein Münchner Original, das einen Wagen durch die Stadt schob und überall Futter für die Tauben verstreute. Krüss wendet sich in seinem Kinderbuch direkt an seine jungen Leser und zitiert den Beschluss der Stadträte, die Tauben „human“ zu dezimieren: „Wißt ihr, was das auf deutsch heißt? Es sollten so viele Tauben eingefangen und geschlachtet werden, daß von einer halben Million nur noch ein paar tausend übrigblieben.“ Seine liebenswerte und arglose Heldin Florentine hilft, ohne es zu wissen, den Taubenfängern dabei, die Tiere anzulocken, tritt dann aber öffentlichkeitswirksam in Erscheinung, um den Taubenmord anzuprangern. Krüss, der aus dem heimatischen Helgoland eher mit aufdringlichen Möwen vertraut war, schrieb mit „Florentine und die Tauben“ den Kommentar eines Tierfreundes zum menschlichen Treiben, der einen Platz in der heutigen Diskussion verdient hätte.

In München alles von vorn

Die Planungen für einen Münchner Konzertsaal beginnen noch mal ganz von vorn. Das hat das Kabinett der Bayerischen Staatsregierung am Dienstag beschlossen. „Das Konzerthaus kommt, aber aus einem Milliarden- wird ein Millionenprojekt“, sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Anschluss an die Sitzung des Ministerrates. Ziel sei es, bis 2036 „erfolgreich zu sein“. Die Änderungen bedeuten nach Angaben von Kunstmister Markus Blume (CSU), dass sich die Planungen auf einen großen Konzertsaal mit 1900 Sitzplätzen konzentrierten und ein zweiter bislang geplanter, kleinerer Saal weggelassen soll. Außerdem soll ein Büro- und Lagerflächen gespart und die Tiefgarage kleiner werden. Das neue Bauprojekt werde räumlich etwa ein Drittel kleiner ausfallen als die bisherige Planung. Die Bayerische Staatsregierung hatte den Bau eines Konzerthauses im Münchner Werksviertel 2016 beschlossen. Es soll die Spielstätte des renommierten Sinfonieorchesters des Bayerischen Rundfunks werden. Damals war von Kosten in Höhe von rund 400 Millionen Euro die Rede gewesen. 1,3 Milliarden seien es nach aktuellen Schätzungen. „Ein Vorhaben in dieser Größe ist in diesen Zeiten nicht verantwortbar“, betonte Blume. Dabei haben die bisherigen Planungen die Steuerzahler im Freistaat allein bis 2022 etwa 27 Millionen Euro gekostet. dpa